

A7

# Bewerbung

**Initiator\*innen:** Katrin Lögering

**Titel:** Katrin Lögering

**Foto**



**Angaben**

**Alter:** 36

**Geburtsort:** Nordhorn

**Selbstvorstellung**

**LiebeFreund\*innen,**

**wirverhandeln** auf allen Ebenen gerade, **werwirseinwollen** – und wer eben nicht. Nie wieder.

Der politische und gesellschaftliche Zustand wird derzeit auf vielen Ebenen neu ausgehandelt. Die Polarisierung gesellschaftlicher Debatten, die Erosion demokratischer Diskursstandards und die Normalisierung rechter Narrative stellen die demokratischen Parteien vor eine zentrale Herausforderung: Wie verteidigen wir eine offene Gesellschaft, ohne selbst autoritären Reflexen oder populistischen Verkürzungen zu verfallen?

Gerade deshalb ist „Nie wieder“ ein konkreter politischer Handlungsauftrag.

Denn der gegenwärtige Rechtsruck entsteht nicht isoliert. Er speist sich aus sozialer Unsicherheit, einem Vertrauensverlust in staatliche Handlungsfähigkeit, einer Überforderung vieler Kommunen sowie einer politischen Debattenkultur, die zunehmend auf Zuspitzung statt Problemlösung ausgerichtet ist.

Die Antwort kann nicht sein, rechte Narrative zu übernehmen oder ihre Grundannahmen zu bestätigen.

Wenn Friedrich Merz migrationspolitische Debatten mit kulturkämpferischer Zuspitzung führt, verschiebt das politische Koordinaten nach rechts. Wenn kommunale Verantwortungsträger wie Alexander Kalouti antifaschistische Klarheit durch eine falsch verstandene Neutralität ersetzen, entsteht kein gesellschaftlicher Zusammenhalt, sondern politische Enthemmung. Denn Demokratie verteidigt sich nicht durch Äquidistanz zwischen demokratischen und antidemokratischen Positionen.

Die Antwort auf den Rechtsruck ist deshalb nicht mehr Rechtsruck. Die Antwort ist ein handlungsfähiger Rechtsstaat. Eine funktionierende öffentliche Infrastruktur. Soziale Sicherheit. Demokratische Teilhabe. Und eine politische Kultur, die Haltung nicht als Störung, sondern als Voraussetzung demokratischer Resilienz begreift.

Als GRÜNE verteidigen wir auf allen Ebenen die Idee einer solidarischen, vielfältigen und zukunftsfähigen Gesellschaft: im Bund, im Land, und hier vor Ort, in unseren Kommunen. Denn dort entscheidet sich, ob politische Institutionen als handlungsfähig wahrgenommen werden oder nicht.

Und wenn etwas landespolitisch geprägt wird, dann ist es die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen.

- Wenn wir über Landeshaushalte und kommunale Haushalte verhandeln, geht es um politische Prioritätensetzung. Um die Frage, welche Bereiche staatlicher Daseinsvorsorge resilient ausgestaltet werden und welche strukturell unterfinanziert bleiben.
- Wenn wir über Kultur verhandeln, verhandeln wir über gesellschaftlichen Zusammenhalt, demokratische Öffentlichkeit und die Frage, welche Räume wir als Gesellschaft für Vielfalt, Dissens und Begegnung schaffen.

- Wenn wir über Stadtentwicklung verhandeln, verhandeln wir über Flächengerechtigkeit, Klimafolgeanpassung, Mobilität, soziale Durchmischung und darüber, wie wir Urbanität im 21. Jahrhundert organisieren wollen.

Die zentrale politische Herausforderung unserer Zeit lautet daher: Schaffen wir es, auch unter Bedingungen knapper öffentlicher Haushalte Transformationsprozesse aktiv zu gestalten? Oder reduzieren wir Politik auf Mangelverwaltung und das permanente Wiederholen des „Kein Geld“-Narrativs?

**Ich bin überzeugt:** Gerade progressive Politik darf sich nicht auf Krisenverwaltung reduzieren lassen. Sie muss **gesellschaftliche Zukunftsbilder** formulieren und konkrete **Umsetzungspfade** beschreiben.

### **Kommunen als Fundament demokratischer Handlungsfähigkeit**

Ich möchte grüner Kommunalpolitik auf Landesebene eine stärkere strukturelle Verankerung geben.

Denn das Vertrauen in Demokratie entsteht nicht abstrakt. Es entsteht dort, wo Menschen staatliches Handeln konkret erleben: bei der Qualität von Schulen, der Erreichbarkeit des ÖPNV, der Bearbeitungsdauer in Behörden, dem Zustand öffentlicher Räume oder der Verfügbarkeit kultureller Infrastruktur.

Gerade Nordrhein-Westfalen leidet seit Jahrzehnten unter massiven regionalen Disparitäten und einer strukturellen Unterfinanzierung vieler Kommunen. Städte wie Dortmund tragen erhebliche Lasten des Strukturwandels, sozialer Ungleichheit und öffentlicher Infrastrukturfinanzierung, ohne dafür ausreichend ausgestattet zu werden.

Deshalb braucht es auf Landesebene:

- eine nachhaltige Altschuldenlösung für hochverschuldete Kommunen (und "Lösung" meint dabei mehr als den Einstieg in eine Lösung).
- eine konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips nach dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“,
- sowie eine stärkere finanzielle und planerische Eigenständigkeit der Kommunen.

Ein leistungsfähiges NRW beginnt bei leistungsfähigen Städten und Gemeinden.

### **Nachhaltige Stadtentwicklung als zentrale Zukunftsfrage**

Stadtentwicklungspolitik entscheidet darüber, wie gesellschaftlicher Wandel konkret sichtbar wird.

Die Herausforderungen von Wohnraummangel, Flächenkonkurrenz, Klimafolgeanpassung und Mobilitätswende müssen integriert gedacht werden. Dabei reicht es nicht aus, einzelne Förderprogramme aufzulegen. Es braucht eine strategische Landesplanung, die ökologische und soziale Zielsetzungen systematisch miteinander verbindet.

Ich möchte mich deshalb insbesondere einsetzen für:

- eine stärkere Förderung flächensparender und klimaangepasster Bauweisen,
- die konsequente Unterstützung kommunaler Schwammstadt- und Entsiegelungskonzepte, sowie die praktische Umsetzung von Klimafolgeanpassungskonzepten
- die Förderung innovativer Stadtentwicklungsprojekte mit neuen Beteiligungsformaten und vermehrter Umnutzung von Leerständen in der Bestandsimmobilie
- Instrumente zur Belebung und Attraktivierung von Stadtzentren
- sowie eine aktive Bodenpolitik und den Ausbau kommunaler Wohnungsbauinstrumente.

Gerade im Ruhrgebiet zeigt sich exemplarisch, wie eng soziale Fragen und ökologische Fragen miteinander verbunden sind. Klimagerechte Stadtentwicklung ist deshalb keine rein ökologische Debatte, sondern eine Frage von Lebensqualität, Gesundheitsvorsorge und sozialer Teilhabe.

### **Kulturpolitik als Demokratiep politik**

Kulturpolitik wird häufig defensiv geführt: als permanenter Verteilungskonflikt, als Verteidigung bestehender Institutionen oder als Reaktion auf kulturkämpferische Angriffe von rechts.

Ich halte das für unzureichend.

Kultur ist öffentliche Infrastruktur demokratischer Gesellschaften. Sie schafft Räume der Begegnung, der Reflexion und der gesellschaftlichen Verständigung - sie macht Städte liebenswert und besonders.

Schauen wir zum Beispiel nach Dortmund: Auf die Bedeutung kultureller Orte für gesellschaftlichen Zusammenhalt: Das Dortmunder U, das domicil, die freie Szene, soziokulturelle Zentren, Clubs, Festivals und zahlreiche ehrenamtliche Initiativen - und da geht noch so viel mehr.

Deshalb braucht grüne Kulturpolitik auf Landesebene:

- verlässliche und dynamisierte Förderstrukturen,
- stärkere Unterstützung freier und subkultureller Szenen,
- sowie bessere Rahmenbedingungen für kulturelle Teilhabe unabhängig von sozialer Herkunft oder Wohnort.

Kulturpolitik ist kein Nebenschauplatz. Sie ist Demokratieförderung.

### **Klima-, Umwelt- und Freiraumpolitik als Kernaufgabe**

Die Klimakrise verändert bereits heute die Lebensrealität vieler Menschen.

Hitzebelastung in Städten, Überflutungsereignisse, Trockenperioden, Artenverlust und zunehmende Nutzungskonflikte um Fläche zeigen, dass Klima- und Umweltpolitik keine abstrakte Zukunftsfrage mehr sind. Die wissenschaftliche Erkenntnislage ist eindeutig. Die politische Herausforderung besteht längst nicht mehr im Erkenntnisgewinn, sondern in der Umsetzungsgeschwindigkeit.

Deshalb setze ich mich ein für:

- eine beschleunigte Umsetzung kommunaler Wärmeplanungen,
- Investitionen in klimafreundliche Mobilitätsinfrastruktur,
- sowie den konsequenten Schutz von Freiräumen, Grünzügen und Biodiversität.

Dabei muss Umweltpolitik stärker mit Fragen sozialer Gerechtigkeit zusammengedacht werden. Klimaschutz wird nur dann gesellschaftliche Mehrheiten finden, wenn ökologische Transformation mit konkreten

Verbesserungen im Alltag verbunden wird.

### **Mehrheiten organisieren, ohne den politischen Kompass zu verlieren**

Eine der zentralen strategischen Herausforderungen progressiver Politik besteht darin, gesellschaftliche Mehrheiten jenseits des eigenen Milieus zu organisieren.

Wir dürfen politische Debatten nicht ausschließlich innerhalb unserer eigenen Strukturen führen. Nicht der zehnte interne Strategiekreis entscheidet über gesellschaftliche Akzeptanz, sondern die Fähigkeit, Bündnisse zu schmieden und Vertrauen aufzubauen. Mit Gewerkschaften. Mit Wissenschaft. Mit Initiativen. Mit Vereinen. Mit Kulturschaffenden. Mit Menschen, die unsere Politik konkret betrifft.

Gerade unsere konkrete Politik hier vor Ort zeigt, wie wichtig unmittelbare Beteiligung bleibt: Haustürgespräche, Infoveranstaltungen, Bürger\*innenbeteiligung, lokale Bündnisse und direkte Rückkopplung mit der Stadtgesellschaft. Davon kann Landespolitik lernen - daran muss Landespolitik anknüpfen - davon muss Landespolitik profitieren.

Politische Mehrheiten entstehen nicht allein durch gute Programme. Sie entstehen durch Glaubwürdigkeit, Sichtbarkeit und die Fähigkeit, politische Projekte verständlich und konkret zu vermitteln - und bekannte GRÜNE Gesichter.

### **Über mich**

Das Bild, das ich für diese Bewerbung gewählt habe, zeigt mich 2022 am Wahlabend der Landtagswahl. An einem Abend, an dem ich kurz davon ausging, in den nordrhein-westfälischen Landtag einzuziehen. Es kam anders - Ich habe politische Rückschläge erlebt. Und gerade deshalb weiß ich, dass politische Arbeit Ausdauer und Hartnäckigkeit braucht - und Kompromissfähigkeit.

Diese Erfahrung hat meinen politischen Anspruch nicht reduziert, sondern geschärft.

Heute bringe ich diese und weitere Erfahrungen in meine konkrete (politische) Arbeit ein: Als Co-Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN & Volt im Rat der Stadt Dortmund, als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Sport und Freizeit, als Kommunalpolitikerin mit engem Bezug zu den Herausforderungen des Ruhrgebiets und als Regionalbüroleiterin von Terry Reintke mit europapolitischer Perspektive.

Ich kenne die kommunale Realität. Ich kenne Verwaltungsprozesse. Ich kenne Bündnisarbeit. Ich kenne politische Konflikte. Ich biete Nordrhein-Westfalen eine starke grüne Stimme aus dem Ruhrgebiet, die kommunale Perspektiven in thematischer Breite und Vielfalt konsequent auf Landesebene einbringt.

Mit Klarheit. Mit Haltung. Mit fachlicher Tiefe. Und mit dem festen Willen, politische Veränderung nicht nur zu

beschreiben, sondern konkret zu organisieren.

**LiebeFreund\*innen,**

ich möchte meinen politischen Kompass, meine Erfahrung, meine Energie, meine Loyalität, meine Leidenschaft und meinen Enthusiasmus anbieten, um mich um einen aussichtsreichen Listenplatz auf der GRÜNEN Landesliste zu bewerben - und ich will als erste GRÜNE einen Direktwahlkreis in Dortmund gewinnen.

FÜR DEN WANDEL, FÜR DEN WIR STEHEN, UM DAS ZU BESCHÜTZEN, WAS UNS AM HERZEN LIEGT.

Dafür müssen wir Mehrheiten im ganzen Land gewinnen.

Für unsere Natur.

Für sozialen Zusammenhalt.

Für die Demokratie und unsere Rechte.

Dafür bitte ich um euer Vertrauen.

Eure Katrin